

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2009



Auch beim Retten muss man rechnen

Das große Retten, das mit der Finanzkrise über die Welt gekommen ist, droht das Rechnen zur Kleinkrämerei abzustempeln. Das könnte zu einer Langfristwirkung der Rezession werden, die die Industrienationen teurer zu stehen kommt als alle Dellen in Umsatz-, Produktions- und Beschäftigungsstatistiken.

Alle Rettungskosten, so scheint es, rechnen sich, weil das Retten angeblich immer noch billiger ist als die Hinnahme von Arbeitslosigkeit und Produktionsausfällen. Nun besteht kein Zweifel, dass eine Rezession, die mehr als eine Delle in der Produktionsstatistik ist, hohe Kosten verursacht. Diese reichen von den Produktionsausfällen über langfristige Schädigungen von Betrieben und ihren Absatzwegen bis hin zu materiellen und immateriellen Kosten der Arbeitslosigkeit.

Ohne Zweifel kann das Retten mit Staatsgeld – das heißt, mit dem Geld der Bürger – sehr teuer werden. Der Versuch, den Einsturz des Finanzsystems mit all seinen Folgekosten zu verhindern, mag auch einen außerordentlich hohen Aufwand rechtfertigen. Aber ein Autobauer oder ein Zulieferer, der die Rezession nicht übersteht, reißt nicht eine ganze Wirtschaft mit sich. Er mag eine Belastung für eine Stadt oder eine Region sein. Er löst aber nicht den systemisch sich verstärkenden Niedergang eines Landes oder eines Kontinents aus. Einem Automobilproduzenten die Rettung auf Kosten der Bürger zu versagen, ist keine willkürliche Diskriminierung gegenüber den Stützungsaktionen für eine Bank, die die gesamte Finanzwirtschaft mit sich reißen könnte.

Auch beim Retten darf man Rechnen – ins Politische gewendet: muss man rechnen. Es ist wahr: Arbeitslosigkeit kann für die Gesellschaft teuer werden. Wahr ist aber auch, dass jede Rettungsaktion mit hohen Kosten verbunden ist: sichtbar für den Staat. Weniger sichtbar, aber noch drückender für die Bürger, die für die Rettungskosten aufkommen müssen.

Hans D. Barbier

„Wirtschaftsfonds Deutschland“

Die Regierung spannt einen neuen Rettungsschirm auf: Insgesamt 100 Milliarden € stehen bereit, um laut Bundesministerium der Finanzen „die Sicherung der Kreditvergabe an größere Unternehmen“ zu gewährleisten. 75 Milliarden € werden in Form von Bürgschaften bereit gestellt, 25 Milliarden € sind als Kredithilfen vorgesehen. Das vom Bund garantierte Kreditprogramm ist bis Ende 2010 befristet und gilt für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 500 Millionen €. Der maximale Kreditbetrag pro Antragsteller beträgt bis zu 300 Millionen €.

Ein aufwendiges Procedere soll „Gerechtigkeit“ bei der Vergabe garantieren. Antragsberechtigt sind nur Unternehmen, die tragfähige Konzepte vorlegen können. Bei Krediten über 150 Millionen € und Bürgschaften über 300 Millionen € wird der mit einem Wissenschaftler, einem Gewerkschafter und sechs Unternehmern besetzte sogenannte Lenkungsrat eingeschaltet.

Wird nach den Banken nun der Rest der Wirtschaft mit Steuergeldern gerettet? Allerdings: „Größere Unternehmen“, „mehr als 500 Millionen € Umsatz“ – da wird die Mehrzahl der Kleinunternehmer und Mittelständler sicherlich wenig begeistert sein.

www.bmwj.de/BMWj/Navigation/presse.html

Arbeitsbedingt krank

Fast 44 Milliarden € im Jahr: Diese Summe nennt der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) als Kosten, die in Deutschland durch arbeitsbedingte Erkrankungen entstehen. Die vorübergehende Arbeitsunfähigkeit kostet pro Jahr rund 33,4 Milliarden €. Wer aufgrund seiner Krankheit erwerbsunfähig wird und nicht mehr arbeiten kann, wird vorzeitig in die Rente entlassen; die Frühverrentung trägt mit etwa 10 Milliarden € zu den arbeitsbedingten Krankheitskosten bei.

Die höchsten direkten Kosten durch Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit verursachen Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems. Dadurch entstehen Kosten von knapp 4,4 Milliarden €. Es folgen psychisch bedingte Verhaltensstörungen mit rund 2,9 Milliarden € und Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit 2,3 Milliarden €. Männer in metallverarbeitenden Berufen sind besonders häufig von Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit betroffen.

In der Studie weist der BKK-Bundesverband darauf hin, dass diese Zahlen wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sind, die tatsächlichen Kosten also höher liegen können. Trotz höherer Arbeitssicherheit und technischem Fortschritt: Auch im 21. Jahrhundert kann Arbeit krank machen.

www.bkk.de

Dauerhaft auf Alg II angewiesen?

Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge schaffen es Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld II (Alg II) – auch als Hartz IV bekannt – nicht, ohne die staatliche Hilfe auszukommen. Bei der Einführung des Alg II im Januar 2005 waren gut sechs Millionen Menschen Leistungsempfänger. Mehr als die Hälfte davon war nach drei Jahren immer noch darauf angewiesen. Fast 80 Prozent der Alg-II-Empfänger vom Dezember 2008 erhielten die Unterstützung ununterbrochen seit mindestens einem Jahr.

Für Alleinerziehende ist es nach IAB-Erkenntnissen besonders schwierig, von staatlicher Hilfe unabhängig zu werden. Die Hälfte der Alleinerziehenden, aber nur ein Drittel der Paare ohne Kind benötigen die staatliche Hilfe drei Jahre nach Leistungsbeginn noch immer oder sind, nach einer Unterbrechung, bereits wieder Leistungsempfänger.

Im Februar 2009 gab es rund 6,7 Millionen Empfänger des Alg II. Der Höchststand lag bei knapp 7,5 Millionen im Mai 2006. Zurzeit sind rund zwei Millionen Leistungsbezieher – knapp ein Drittel – „arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige“. Die Übrigen sind Alleinerziehende, die wegen Kinderbetreuung nicht arbeiten, sogenannte Aufstocker, deren Lohn nicht zum Lebensunterhalt reicht, Personen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs oder Weiterbildungen teilnehmen sowie Kinder.

doku.iab.de/kurzber/2009/kb0509.pdf

Politiker als Pannenhelfer?

Bis zum Ausbruch der Finanzkrise war selbstverständlich, dass in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Unternehmen das Risiko einer Insolvenz tragen. Die Milliardenhilfen für Banken könnten Zeichen für einen Paradigmenwechsel gewesen sein: Die Politik übernahm mehr und mehr die Rolle des Nothelfers und „rettete“ ein Geldinstitut nach dem anderen. Geht das Rettungsspiel nun in anderen Branchen weiter?

Der Autohersteller Opel findet zurzeit große Beachtung – allerdings nicht, weil der Autobauer so hervorragende Fahrzeuge produziert, sondern weil den Opelwerken in Bochum, Eisenach, Kaiserslautern und Rüsselsheim die Schließung droht.

Die Konzernführung und die Beschäftigten fordern verständlicherweise den Erhalt der Werke. Unterstützt werden sie dabei von Landes- und Bundespolitikern, allen voran von den Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Die „Landesväter“ sind sicher, dass die Politik helfen kann und muss. Immerhin gehe es um Tausende Arbeitsplätze, und Opel sei ein Konzern mit mehr als hundertjähriger Tradition. Außerdem hätte die Bundesregierung ja auch bei den Banken großzügig und umgehend mit Milliarden geholfen.

Äpfel und Birnen

Bei allem Verständnis für die Nöte der Betroffenen sollte bedacht werden, dass zwischen der Rettung von Banken und der eines Autobauers Unterschiede bestehen. Die Bankenrettung war insofern notwendig, weil der Kollaps mehrerer großer Geldinstitute die Stabilität des Wirtschaftssystems insgesamt gefährdet hätte. Diesen systemrelevanten Status hat die Autoindustrie –

ebenso wie andere Branchen – nicht.

Zudem zeichnet sich eine Schrumpfung der Automobilindustrie schon länger ab. Die Überkapazitäten der Branche werden weltweit auf 20 bis 30 Prozent geschätzt. Es werden schon seit Jahren mehr Autos produziert, als auf den Märkten abzusetzen sind. Aktuelle Schätzungen von Branchenkennern zufolge könnten in diesem Jahr 66 Millionen Pkw – bei Vollauslastung aller Werke rund um den Erdball – produziert werden. Optimistisch gestimmte Analysten rechnen damit, dass davon knapp 50 Millionen verkauft werden können.

Automobilbau	
Beschäftigte bei Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2003	773 217
2004	801 782
2005	779 847
2006	780 030
2007	761 733
2008*	779 816
* Stand Mai Quelle: Statistisches Bundesamt	

Weltweit wird die Automobilindustrie also schrumpfen müssen. Dagegen kann sich keine Regierung stemmen, indem sie einzelne Unternehmen subventioniert. Staatshilfen sind dann nichts anderes als mit Steuergeld bezahlte Autohalden. Und wie bei jeder

Subventionierung gilt auch in der Automobilbranche: Der Wettbewerb wird verzerrt, denn Subventionen für einen Hersteller benachteiligen alle anderen.

Mit Subventionen aus der Automobilkrise?

Zwar wird darauf verwiesen, dass Opel ein kerngesundes Unternehmen sei, wenn nur nicht die amerikanische Mutter General Motors (GM) wäre. Doch auch um die deutsche Tochter steht es nicht gut: Im Jahr 2000 wurden noch rund 411 000 neue Fahrzeuge aus dem Hause Opel in der Bundesrepublik zugelassen; 2008 waren es nur noch 258 000, zehn Prozent weniger als im Jahr zuvor. Kein anderer deutscher Autobauer hat so viele Kunden verloren. Auch ein neues Fahrzeugmodell – jüngst zum „Auto des Jahres“ gekürt – wird daran wenig ändern können. Wer soll angesichts von Rezession und sinkender Kaufkraft das neue Modell kaufen? Und zulasten welcher anderen Anbieter, die ohne Staatshilfe wirtschaften, wird Opel geholfen? Erhalten diejenigen, die dann Schwierigkeiten bekommen, ebenfalls Geld vom Steuerzahler?

Die Gründe für die Krise bei Opel sind Branchenexperten zufolge neben den weltweiten Überkapazitäten die seit Jahren verfehlte Modellpolitik



„Eine Insolvenz bedeutet nicht automatisch den Untergang eines Unternehmens. Unser Insolvenzrecht birgt gute Chancen für eine Entschuldung und Fortführung des Betriebes.“
Karl-Theodor zu Guttenberg

PKW-Produktion

Weltjahresproduktion 2008	
Deutschland	5 532 030
Frankreich	2 300 000
Großbritannien	1 446 619
Italien	680 000
Spanien	2 013 861
USA	8 456 283
Brasilien	3 002 628
China	5 677 030
Japan	9 916 142
sonstige	18 438 800
gesamt	57 463 400

Quelle: Verband der deutschen Automobilindustrie

von GM und der Verkauf von Opel-Patenten an den Mutterkonzern. Die aktuell geforderten Staatshilfen von 3,3 Milliarden € dienen laut Konzernleitung der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Fehlt demnach zum einen noch Geld für den Rückkauf der Patente: Wie sonst sollte ein von GM unabhängiges Unternehmen agieren können? Zum anderen ist Kapital für die Entwicklung neuer Modelle nötig, mit denen der Anschluss an die Konkurrenz erreicht wird.

Wenn bei Opel für 25 000 Beschäftigte ein unsicherer Arbeitsplatz erhalten bleiben soll, kostet das bei 3,3 Milliarden € Staatshilfe 132 000 € pro Opel-Arbeitsplatz. Darin unberücksichtigt sind Arbeitsplätze bei anderen Autobauern, die wegfallen oder nicht besetzt werden, weil die subventionierten Opelautos liefern, die unter Konkurrenzbedingungen nicht verkauft werden könnten.

Insolvenz bedeutet nicht das Aus

Sollte Opel schließen müssen, heißt das nicht, dass über

Nacht alle Büros und Fließbänder verwaist wären. Der Insolvenzverwalter würde bestimmt überlegen, was mit Opel noch anzufangen ist. Selbst nach einer Aufspaltung oder Teilschließungen dürfte ein wie immer gearteter „Kern“ weiterbestehen. Dieser firmiert dann vielleicht nicht mehr unter der Marke „Opel“. Mit den dahinterstehenden Arbeitsplätzen – und den Arbeitsplätzen bei Zulieferern – würde eines nicht geschehen: Von einem auf den anderen Tag sang- und klanglos zu verschwinden.

In dem Umfang, in dem Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, wird man sich der ökonomischen Wahrheit nicht verschließen können: Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten waren die betroffenen Arbeitsplätze mangels Konkurrenzfähigkeit nicht zu halten. Sie beruhten bislang auf der Vorstellung, dass Politik, Konzernleitung und Beschäftigte gemeinsam gegen den Weltmarkt antreten zu können. Welche Basis hat der Hinweis auf bedrohte Ar-

beitsplätze, für die es im Grunde genommen schon seit geraumer Zeit keine Berechtigung mehr gibt?

Produkte müssen Käufer finden

Die Rettung Opels ist eine Wunschvorstellung, ähnlich wie vor zehn Jahren die Rettung des Baukonzerns Holzmann. Auch sie wurde mit viel politischer Unterstützung und einer Staatsbürgschaft in Szene gesetzt. Zwei Jahre später kam das endgültige Aus für den Baukonzern. Während die vermeintliche Rettung noch großes Echo in den Medien fand, blieb es beim traurigen Finale sehr ruhig.

Es lässt sich aus ökonomischer Perspektive nicht ändern: Wer für seine Produkte keine Käufer findet, ist in einem marktwirtschaftlichen System über kurz oder lang am Ende. So zu tun, als hätte die aktuelle Schieflage von Opel ausschließlich mit der Finanzkrise zu tun und als gäbe es Rettungsmöglichkeiten, verschleiert lediglich die ernste Situation.

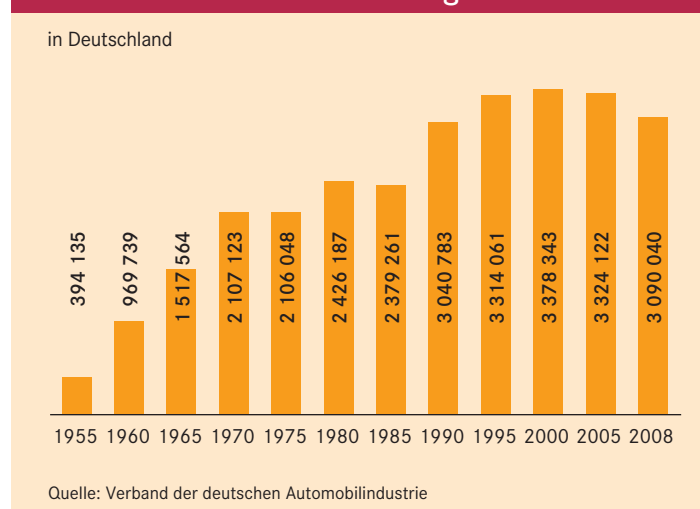
Es gäbe bestimmt private Investoren, die sich für ein innovatives, zukunftssträchtiges Konzept bei Opel begeistern könnten – wenn ein solches Konzept existieren würde. Daher ist auch die Vorgehensweise der Politik verwunderlich, die laufend Konzepte von den Opel-Managern verlangt. Zurzeit ist kaum jemand in der Lage, auch nur eine Prognose für die nächsten paar Wochen abzugeben. Das wird sich auch nicht ändern, wenn die Bundesregierung mithelfen will, den Rettungsplan für Opel so umzubauen, dass doch noch staatliche Hilfen gewährt werden können. Was können Politik und Ministerialbürokratie mehr über Interna des Autobauers wissen als die Opel-Chefs?

Opel als Präzedenzfall?

Ein Rettungsplan unter staatlicher Mitwirkung eröffnet höchstens unzählige Möglichkeiten, die weitere Milliarden Steuergelder zu verschlingen drohen: Ob Qimonda, Schaeffler oder der Schiesser: Sie haben bereits an die Politik appelliert, auch ihnen Hilfe zu gewähren. Eine Staatshilfe für Opel wäre der Präzedenzfall, nach dem alle anderen, von Pleite bedrohten Unternehmen mit den gleichen Gründen Hilfe fordern könnten.

Eine ordnungspolitisch saubere Lösung wäre eine geordnete Insolvenz. Ansonsten sollte der Strukturwandel unterstützt werden. Wer das anstößig findet und sich damit nicht abfinden kann oder will, sollte nicht länger von Marktwirtschaft sprechen, sondern Alternativen – welcher Art auch immer – beim Namen nennen. *Andreas Schirmer*

Pkw-Neuzulassungen



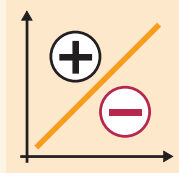


„Für eine breite Masse der Betriebe ist Kurzarbeit ein Instrument, mit dem man Freisetzung von Personal zunächst einmal verhindern, zumindest aufschieben kann. Aber wir müssen wissen: Es ist keine Dauerlösung, sondern eine Überbrückungsmaßnahme.“
Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

IM KLARTEXT

März 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im März 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im Februar von knapp 16 900 Betrieben Anzeigen für Kurzarbeit aus konjunkturellen Gründen erhalten. Das waren 6 300 mehr als im Vormonat und 15 700 mehr als im Februar 2008. Die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer summierte sich auf 700 000. Gegenüber Januar 2009 war das ein Anstieg um knapp 410 000, im Vergleich zum Februar 2008 sogar eine Zunahme um 684 800 Kurzarbeiter.

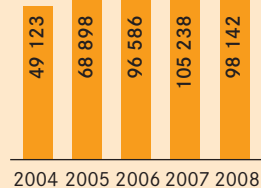
Seit Beginn der wirtschaftlichen Talfahrt im Oktober 2008 summiert sich die Zahl

der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer auf fast 1,5 Millionen. Im Vergleichszeitraum – Oktober 2007 bis Februar 2008 – waren es lediglich 62 800. Die BA ist überzeugt, dass Vereinfachungen und finanzielle Entlastungen durch das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung die Kurzarbeit für Unternehmen attraktiv gemacht haben. Denn: Kurzarbeit ist besser als Arbeitslosigkeit – zumindest vorübergehend.

Eigenverantwortung ⊕

Wer seine laufenden Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen kann, gilt als überschuldet. Nach der Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 nahm die Zahl der Insolvenzen von privaten Schuldner kontinuierlich zu. Diese Entwicklung wurde 2008 unterbrochen. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen, die in den vergangenen Jahren stark angestiegen war, ist zurückgegangen: Rund 98 000 Menschen haben 2008 die Möglichkeit der geordneten Entschuldung genutzt.

Privatinsolvenzen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt schätzt die Forderungen, die den Privatinsolvenzen im Jahr 2008 zugrunde liegen, auf 11 Milliarden €. Die Schulden werden oft nicht in voller Höhe beglichen, die Gläubiger bleiben meistens auf ihrem Schaden sitzen. Hauptursache dafür, dass finanzielle Verpflichtungen nicht mehr erfüllt werden, ist und bleibt Arbeitslosigkeit.

Geldwertstabilität ⊕

Im letzten Quartal des Jahres 2008 haben sich rund 700 000 Menschen in Deutschland neu für die Riester-Rente zur ergän-

zenden Alterssicherung entschieden. Erstmals wurden geschätzte Zahlen zum sogenannten Wohn-Riester in die Statistik einbezogen: Knapp 40.000 dieser Verträge dürften bis Ende 2008 abgeschlossen worden sein. Damit sparten zum Stichtag 31. Dezember 2008 insgesamt rund 12,2 Millionen Menschen mittels Riester-Rente zusätzlich für das Alter.

Vor allem die Nominalgarantie, nach der am Ende der Ansparphase immer mindestens das eingezahlte Kapital plus staatliche Zulagen als Zusatzrente zur Verfügung stehen muss, vermitteln den Riester-Sparern in Zeiten der Finanzkrise Sicherheit.

Riester-Verträge

in Millionen, jeweils Jahresende

2001	1,4
2002	3,4
2003	3,9
2004	4,2
2005	5,6
2006	8,1
2007	10,6
2008	12,2

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kurzarbeit

	Personen	Betriebe
2000	121 342	7 369
2001	121 508	8 335
2002	246 425	12 191
2003	227 489	16 310
2004	186 268	14 297
2005	167 993	14 872
2006	100 742	10 089
2007	148 436	18 453
2008	161 090	22 020

jeweils Februar
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: BMWi (innen); Gesamtmetall
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard